



Presseschau vom 06.10.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Kit Klarenberg: Steckt die CIA hinter den durchgesickerten "Pandora Papers"?

Die "Pandora Papers" werden als Enthüllung gefeiert, die Licht auf die Finanzen der Weltelite werfen. Doch sie werfen auch Fragen auf – nicht zuletzt, weil in den Enthüllungen nicht eine Person aus den USA genannt wird. Das könnte ein Hinweis auf den Ursprung der Daten sein.

...

<https://kurz.rt.com/2omz>

Tilo Gräser: "Wegen Kontakten zur Querdenker-Szene" – Kein Bundesverdienstkreuz für Musiker und Intendanten

Weil er sich von Beginn der COVID-19-Pandemie an kritisch über die damit verbundene Politik äußert, hat der Musiker und Theatermacher Tobias Morgenstern das Bundesverdienstkreuz nicht bekommen. Das ist verbunden mit nicht belegten Behauptungen und Vorwürfen durch das Bundespräsidialamt und eine Zeitung. ...

<https://kurz.rt.com/2onz>

de.rt.com: Ein "Gefallen" für die USA – Ukraine bereitet Aufnahme Tausender afghanischer Flüchtlinge vor

Kiew bereitet sich auf die Aufnahme Tausender Flüchtlinge aus Afghanistan vor. Sie sollen in ehemaligen Straflagern untergebracht werden, wurde RT aus politischen Kreisen berichtet.

Diese PR-Aktion zum Aufpolieren von Kiews Image gegenüber den USA und der EU könnte aber nach hinten losgehen. ...

<https://kurz.rt.com/2omw>

Wladislaw Sankin: Verschwiegene Wahrheit: Über 80 Prozent der Zivilisten im Donbass sterben durch ukrainische Armee

Wie ist es möglich, dass trotz der Anwesenheit vieler Hunderter internationaler Beobachter vor Ort es nicht klar ist, wer im Donbass-Krieg eigentlich für zivile Verluste verantwortlich ist. Lediglich in den jüngsten UNO-Berichten gibt es die ersten Hinweise darauf. ...

<https://kurz.rt.com/2omt>

Andrej Iwanowski: Armin Laschet wird „entsorgt“

Hat Armin Laschet jede Selbstachtung verloren? Diesen Vorwurf der deutschen „Leitmedien“ muss sich der Kanzlerkandidat der Union gefallen lassen: Seit der Bekanntgabe der Wahlergebnisse machen ihn die Medien ganz respektlos nieder. Der deutschen Medienwelt, die sich gerne als „liberal“ und „tolerant“ rühmen lässt, macht das keine Ehre....

<https://snanews.de/20211006/armin-laschet-wird-entsorgt-3846665.html>

Nikolaj Jolkin: Gründe für die Gaspreis-Explosion – Experten bringen es auf den Punkt

Am 6. Oktober haben die Gaspreise an der europäischen Strombörse erstmals \$1.900 pro 1.000 Kubikmeter erreicht. Seit dem Herbstanfang hat sich der Energiestoffpreis in der Region mehr als verdoppelt. Über die Gründe der Gaspreis-Explosion diskutierten in der Nachrichtenagentur „Rossiya Segodnya“ russische Experten der Energiebranche. ...

<https://snanews.de/20211006/gruende-fuer-die-gaspreis-explosion-3850406.html>

abends/nachts:

snanews.de: Lawrow: Russland sieht keine Alternative zu CTBT-Vertrag

Moskau sieht den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen als ein einzigartiges völkerrechtliches Instrument an. Das teilte Russlands Außenminister Sergej Lawrow bei seinem Treffen mit dem Exekutivsekretär der internationalen Organisation zur Überwachung des Verbots von Atomversuchen (CTBTO), Robert Floyd, mit.

„Lawrow hat betont, dass Russland den CTBT-Vertrag als ein wertvolles völkerrechtliches Instrument betrachtet, zu dem es keine Alternative gebe. Hervorgehoben wurde der prinzipielle russische Kurs auf das Fördern des baldmöglichsten Inkrafttretens des Vertrags“, heißt es in der Mitteilung auf der Webseite des Außenministeriums.

Die Seiten legten besonderen Akzent auf „die Wichtigkeit einer fortgesetzten Arbeit zur Universalisierung des CTBT im Interesse der Festigung des internationalen Friedens und der Sicherheit“.

Der Vertrag ist bisher von 185 Ländern unterzeichnet und von 170 davon ratifiziert worden. Für ein Inkrafttreten des Dokuments ist dessen Ratifizierung durch weitere 44 Staaten notwendig. 36 davon, darunter Russland, Großbritannien und Frankreich, haben das Dokument ratifiziert. Indien, Nordkorea und Pakistan haben keine Unterschriften unter den Vertrag gesetzt. Weitere fünf Länder – die USA, China, Ägypten, Israel und der Iran haben den Vertrag unterzeichnet, aber nicht ratifiziert.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/03/1f/1517026_0:41:2959:1705_1920x0_80_0_0_820ce1b3775092b00494e771f4b2fb62.jpg

de.rt.com: **Bundestag weist Moskaus Verantwortung für hohe Gaspreise in Europa zurück**

Russland sei für die hohen Gaspreise in Europa nicht verantwortlich. Diese können kein Grund dafür sein, Nord Stream 2 aus dem Geltungsbereich der EU-Gasrichtlinie herauszunehmen, so der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie Klaus Ernst.

Die hohen EU-Gaspreise sind zu einer schweren Belastung für die Verbraucher in der Region geworden. Wenn die Gaslieferungen jedoch anhalten und die Gasspeicher wieder aufgefüllt werden, könnten die Kosten wieder sinken, sagte Ernst im Gespräch mit der Wirtschaftszeitung RBK. Ihm zufolge erwartet Deutschland, dass die Gaslieferungen sowohl aus Russland als auch aus anderen Ländern fortgesetzt werden. Zurzeit sind die deutschen Gasspeicher nahezu leer.

Die aktuelle Situation werde nicht von Russland beeinflusst, sondern von denen, die die deutsche Gaspolitik gestalten, erklärte der Linke-Politiker. Er fügte hinzu, dass nach seinen Informationen das von Russland zugesagte Gas Deutschland und wahrscheinlich auch andere europäische Länder erreicht habe.

Ernst zufolge sollte die EU-Kommission keinen Einfluss auf die Gaspreise nehmen, da diese vom Markt festgelegt werden. Er betonte jedoch, dass die derzeitige Situation auf dem Gasmarkt kein Grund dafür sein könne, die Erdgas-Pipeline Nord Stream 2 aus dem Geltungsbereich des Dritten Energiepakets der EU herauszunehmen. Dabei verwies Ernst darauf, dass die EU-Gasrichtlinie Gesetzeskraft habe und nur vor Gericht angefochten werden könne.

Am Montag hatte der Börsenpreis für Gas in Europa einen weiteren Rekord gebrochen und nach Angaben der ICE-Börse die Marke von 1.200 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter überschritten. Gazprom-Chef Alexei Miller hatte zuvor erklärt, dass ein starker Rückstau bei der Einspeisung des Rohstoffes in die europäischen Gasspeicher und eine wachsende Nachfrage die Gaspreise in die Höhe getrieben haben. Miller wies auch darauf hin, dass Gazprom die Lieferungen gemäß den laufenden vertraglichen Verpflichtungen und auf Wunsch der Verbraucher durchführe.

Zuvor hatte eine Gruppe von Abgeordneten des EU-Parlaments behauptet, Gazprom habe angeblich einen Rekordanstieg der Gaspreise in Europa provozieren und davon profitieren können, um eine Genehmigung für den Bau von Nord Stream 2 vorweg einer Zustimmung der Behörden in Berlin und Brüssel zu erhalten. Ein entsprechendes Schreiben, das von rund 40 Abgeordneten unterzeichnet wurde, ließen sie an die Vizepräsidentin der EU-Kommission Margrethe Vestager und die EU-Kommissarin für Energie Kadri Simson zukommen. Die Behörde bestätigte den Eingang des Schreibens, äußerte sich jedoch zunächst nicht ferner

dazu.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/615c5db948fbef30c41d7790.jpg>

snanews.de:Neuartiges Präparat gegen schwere Covid-Formen in Russland entwickelt

Der in St. Petersburg ansässige russische biotechnologische Konzern BIOCAD hat ein neues Präparat zur Behandlung schwerer Formen der Lungenkrankheit Covid-19 entwickelt und an etwa 200 Patienten getestet.

Die Ergebnisse der Phase III klinischer Erprobungen des Medikaments Levilimab wurden Ende September in der Fachzeitschrift „Inflammation Research“ veröffentlicht.

Bei Levilimab handelt es sich um einen Inhibitor des Interleukin-(IL-)6- Rezeptors. Das Präparat wurde auf künstliche Beatmung nicht angewiesene Patienten mit schweren Formen von Covid-19 und ohne Nebeninfektionen gespritzt. Dabei wurde festgestellt, dass Levilimab in Kombination mit der konventionellen Behandlung eine deutlich ausgeprägte klinische Verbesserung des Zustands der Kranken zur Folge hatte.

Levilimab weist verhältnismäßig hohe Effizienz auf

An den Tests beteiligten sich 217 Covid-schwerkranke Männer und nicht schwangere Frauen im Alter ab 18 Jahren. Der Anteil der Patienten, deren Zustand sich zum 14. Tag der Behandlung mit Levilimab bzw. Placebo deutlich verbesserte, lag entsprechend bei 63,1 bzw. 42,7 Prozent.

„Beim natürlichen Ablauf (der Infektion) löst das Coronavirus in den meisten Fällen eine leichte oder eine mittelschwere Erkrankung aus, auf die das Immunsystem nicht mit voller Kraft reagiert“, wurde Julia Linkowa, eine der Autoren der Studie, in einer BIOCAD-Pressemitteilung zitiert.

Aber in etwa 20 Prozent der Fälle dürfte Covid-19 zu einer äußerst schweren Form ausarten. Grund dafür sei eine oft auftretende überschießende Immunreaktion - der sogenannte Zytokinsturm, hieß es.

Levilimab hilft überschießende Immunreaktion bremsen

Dabei greift das Immunsystem im Kampf gegen das Virus auch den eigenen Körper an und löst dadurch lebensgefährliche Entzündungsreaktionen in verschiedenen Organen und ihre Insuffizienz aus. Dieser Zytokinsturm wird vom Präparat Levilimab gebremst.

Getestet wurde das Medikament in zwölf Forschungszentren Russlands gemäß allen GCP-Standards (good clinical practice) – den international anerkannten, nach ethischen und wissenschaftlichen Gesichtspunkten aufgestellten Regeln für die Durchführung von klinischen Studien.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/05/3838539_0:190:2965:1858_1920x0_80_0_0_f62d0b6503931fbf90ddf41c8e94c920.jpg

de.rt.com: **Weißrussland: Festnahmen von Journalisten nach Ermordung eines KGB-Offiziers**

Letzte Woche hat ein weißrussischer Oppositionsaktivist bei einer Razzia einen KGB-Offizier erschossen. In der Folge wurden zahlreiche Journalisten festgenommen. Unter ihnen war auch Gennadi Moscheiko, ein Korrespondent der russischen Zeitung "Komsomolskaja Prawda". Am 28. September wurde ein KGB-Offizier in Minsk getötet. Nach Angaben der weißrussischen Sicherheitsbehörde wurde er von einem Kriminellen mit einer Schrotflinte erschossen, dessen Wohnung im Rahmen einer Fahndung nach Terroristen gestürmt worden war. Der Schütze wurde durch Gegenfeuer getötet.

Danach begannen in Weißrussland Massenverhaftungen von Personen, die Kommentare zur Unterstützung des Mörders verfasst hatten. Nach Angaben des weißrussischen Menschenrechtszentrums Wesna wurden in den ersten Tagen nach dem Vorfall mindestens 95 Personen in verschiedenen weißrussischen Städten wegen Beleidigung eines Vertreters der Behörden und Aufstachelung zum sozialen Hass festgenommen. Wesna vermutete, dass dies die Verfasser der Kommentare über die Schießerei in Minsk waren.

Die weißrussischen Behörden sperrten auch die Webseite der weißrussischen Ausgabe der russischen Zeitung Komsomolskaja Prawda und nahmen Gennadi Moscheiko, den Verfasser des Artikels über den Mörder des KGB-Offiziers, fest. Der Artikel war am 28. September veröffentlicht worden, wenige Stunden nach Bekanntwerden der Schießerei in Minsk. Moscheiko zitierte eine ehemalige Klassenkameradin des Oppositionsaktivisten, die sagte, er sei "positiv, wahrheitsliebend und stand für die Wahrheit ein" und sie "weiß nicht, was mit ihm passiert ist".

Nach Angaben des weißrussischen Innenministeriums wollte Moscheiko über die Russische Föderation in ein Drittland reisen, doch wurde ihm die Ausreise verweigert, weil er auf der Liste der Personen stand, deren Aufenthalt auf russischem Hoheitsgebiet unerwünscht war. Der Mann wurde aufgefordert, Russland zu verlassen, was er auch tat. Moscheiko wurde am 4. Oktober in Minsk als Verdächtiger vernommen. Seine Anwältin sagte: "Da er die Untersuchungshaftanstalt nicht verlassen hat, wurde er vorsorglich in Gewahrsam genommen."

Nach Angaben des Chefredakteurs der Komsomolskaja Prawda, Wladimir Sungorkin, wurde Moscheiko in Moskau festgenommen und in die Untersuchungshaftanstalt in Minsk gebracht. In der Wohnung von Moscheiko sei eine Durchsuchung durchgeführt worden. Nach Angaben von Sungorkin habe die Redaktion der Zeitung zwei Anwälte für den Korrespondenten engagiert.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow kommentierte die Festnahme

von Moscheiko mit den Worten, dass derartige Maßnahmen gegen Journalisten, sofern sie mit seiner Arbeit zusammenhängen, nicht gebilligt werden können. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass es noch keine Einzelheiten zu den Ereignissen gebe. Er teilte auch mit, dass Russland Moscheikos Interessen rechtlich gesehen nicht schützen könne, da er weißrussischer Staatsbürger sei.

Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, erinnerte daran, dass es sich bei der Komsomolskaja Prawda in Weißrussland um einen Ableger einer russischen Zeitung handelt. Die russische Seite hoffe, dass die Rechte der Journalisten im Einklang mit den allgemein anerkannten internationalen Normen geachtet werden. Ihr zufolge stehe die russische Botschaft in diesen Fragen in ständigem Austausch mit der weißrussischen Seite.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.10/article/615c62d748fbef30800a0cbd.jpg>

snanews.de: **Gipfel in Slowenien: EU setzt auf gemeinsame China-Politik**

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich am Dienstag zu einem zweitägigen Gipfel in Slowenien getroffen. Auf der Agenda des Treffens stand heute das Thema der Entwicklung der gemeinsamen europäischen Strategie in der China-Politik, berichtet Reuters.

Nach Ansicht des EU-Ratspräsidenten Charles Michel braucht die Union mehr eigene Schlagkraft bei Außenpolitikfragen wegen der Veränderung der US-Position in Asien.

So wurde beim Gipfel-Auftaktdinner über das Verhältnis der Gemeinschaft zu den USA und zu China diskutiert. Erörtert wurde auch der Platz der EU in der stärker auf Asien ausgerichteten US-Außenpolitik und das Erreichen einer größeren Unabhängigkeit der EU von den USA. Die EU müsse gemeinsam die passende Antwort finden, so Michel.

„Die EU hat versucht, eine Konfrontation mit Peking zu vermeiden, aber wir können China nicht länger als gütigen Handelspartner betrachten“, sagte ein EU-Diplomat.

Das heutige Treffen ist der erste EU-Gipfel zur chinesisch-europäischen Linie seit der Verhängung von Sanktionen im März gegen Peking.

Am Mittwoch beginnt am selben Tagungsort ein Gipfeltreffen mit den politischen Spitzen aus Serbien, dem Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Bosnien-Herzegowina und Albanien, bei dem es um die EU-Beitrittsperspektiven der sechs Länder gehen wird.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/03/12/1338078_0:0:2667:1500_1920x0_80_0_0_13639ad74dcdda41c7b83a6cbfe0b1ce.jpg

snnews.de: **Senatoren bitten US-Präsident Biden um Ausweisung von 300 russischen Diplomaten**

Mehrere einflussreiche Senatoren haben sich an US-Präsident Joe Biden mit der Bitte gewandt, 300 russische Diplomaten auszuweisen, wenn die russischen Behörden nicht der Ausweitung des US-Botschaftspersonals in Moskau zustimmen sollten. Das geht aus einem Brief hervor, der auf der Webseite des Republikaners Marco Rubio veröffentlicht wurde. „Russland muss eine genügende Zahl von Visa erteilen, um sich der Parität anzunähern“, hieß es. Ein solcher Schritt wäre vernünftig und wechselseitig, so die Senatoren. Die Briefautoren sind der Auffassung, dass die von Moskau eingeleiteten Maßnahmen gegenüber der US-Botschaft die nationale Sicherheit bedrohten und die Arbeit der Mission merklich beeinflussten.

In dem Brief wird behauptet, dass über das gesamte Territorium der USA mehr als 400 russische Diplomaten verstreut seien, während die Präsenz der USA auf etwa 100 Vertreter beschränkt sei. Die Verfasser finden diesen Umstand unzulässig und rufen den Staatschef und sein Team auf, die Botschaft in Moskau mit Personal zu versorgen und ihr Unterstützung zu erweisen.

Neben Rubio haben auch der Demokrat Mark Warner, der Republikaner Jim Rish und der Demokrat Robert Menendez den Brief unterzeichnet.

Beim russischen Außenministerium wurde betont, dass die Senatoren mit derartigen Aufrufen faktisch nur auf eine Schließung ausländischer Organisationen der USA in Russland hinwirkten.

„Wir möchten nicht einmal darauf verweisen, dass es keine solche Zahl an russischen Diplomaten in Washington gibt. Ob die Kongressmitglieder sich in den internationalen Beziehungen nicht gut genug auskennen und die in der ständigen Vertretung bei der Uno beschäftigten Personen hinzugerechnet haben?“, hieß es beim russischen Außenamt.

Schlechtere Arbeitsbedingungen für russische Diplomaten in den USA

In den letzten Jahren sind die Arbeitsbedingungen für russische Diplomaten in den USA immer schlechter geworden. Wie Botschafter Anatoli Antonow sagte, habe Moskau keine konsularische Präsenz mehr an der Westküste der USA, wo Zehntausende Russen leben. Außerdem würden Russen regelmäßig massenhaft abgeschoben, und die Visumerteilung habe sich drastisch verschärft.

Man habe Washington vorgeschlagen, die beiderseitigen Einschränkungen für die Arbeit der diplomatischen Vertretungen auf Null zu setzen, doch die US-Seite lehne das ab, sagte Antonow.

Personalabbau in der Botschaft und den Konsulaten der USA in Russland

Die USA wurden darauf hingewiesen, vom 1. August an den Personalbestand ihrer Botschaft und ihrer Konsulate in Russland den neuen Forderungen anzupassen, laut denen Washington keine russischen Bürger und keine Bürger dritter Länder einstellen darf.

Wie der US-Botschafter in Russland, John Sullivan, zuvor sagte, sei der Personalbestand der diplomatischen Missionen in Russland wegen dieser Maßnahmen auf 120 Personen reduziert worden. Aus diesem Grund könnten konsularische Dienstleistungen nicht mehr in vollem Umfang geleistet werden.

Russland hat die genannten Regeln als Antwortmaßnahmen gegen die im April verhängten weiteren Sanktionen eingeführt. Der Sanktionskurs der USA entspreche nicht den Interessen der Völker beider Länder, hieß es beim russischen Außenministerium.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/05/3840608_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_d733ceff12f6b56655afff554bfe371.jpg

vormittags:

rusvesna.su: Russland ist nicht verpflichtet, die Integrität der Ukraine zu verteidigen - Diplomat bei der UN

Russland habe sich nicht verpflichtet, einen Teil der Ukraine gegen den Willen seiner Bevölkerung zum Verbleib in seinem Staatsgefüge zu zwingen, sagte der Vertreter der russischen Delegation Denis Losinskij auf einer Sitzung des Ersten Ausschusses der UN-Vollversammlung.

Alle Anschuldigungen gegen Moskau wegen der Verletzung von Verpflichtungen aus dem Budapester Memorandum von 1994 über die Sicherheitsgarantien für die Ukraine seien unbegründet und "eine Manifestation antirussischer Propaganda".

„Die Bestimmungen dieses Dokuments gelten nicht für Umstände, die sich aus dem Einwirken interner politischer oder sozioökonomischer Faktoren ergeben. Russland hat sich nicht verpflichtet, einen Teil der Ukraine gegen den Willen der lokalen Bevölkerung zu zwingen, in seinem Staatsgefüge zu bleiben“, sagte Losinskij.

Wie der Diplomat feststellte, wurde „angesichts der grassierenden nationalistisch-radikalen Elemente in der Ukraine und in einer Situation, in der im Land mit Unterstützung von außen ein Staatsstreich mit Gewaltanwendung stattfand, die Inanspruchnahme des Rechts auf Selbstbestimmung durch die Bevölkerung der Krim und Sewastopol und die anschließende Eingliederung nach Russland wurde für sie (*die Bevölkerung*) der einzig mögliche Weg, um ihre lebenswichtigen Interessen zu schützen“.

Losinskij's Bemerkung war eine Reaktion auf eine Erklärung des Direktors der Abteilung für Internationale Sicherheit des ukrainischen Außenministeriums, Wladimir Lakomow, der Russland wegen der „Besetzung der Krim“ der „eklatanten Verletzung der Bestimmungen“

des Budapester Memorandums beschuldigte.

1994 unterzeichneten die Ukraine, Russland, die USA, Frankreich und Großbritannien das Budapester Memorandum. Laut diesem Dokument trat Kiew dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen bei und beseitigte sein nukleares Potenzial, während Moskau, Washington und London seine Sicherheit garantierten.

Die Krim wurde nach einem dort abgehaltenen Referendum im März 2014 zu einer russischen Region, bei dem 96,77 % der Wähler der Krim und 95,6 % der Einwohner von Sewastopol einen Beitritt zu Russland befürworteten.

Die Ukraine betrachtet die Krim immer noch als ihr eigenes, aber vorübergehend besetztes Gebiet. Die russische Führung hat wiederholt erklärt, dass die Einwohner der Krim demokratisch, in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und der UN-Charta, für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt haben. Die Krim-Frage sei "endgültig abgeschlossen", so der russische Präsident Wladimir Putin.

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 5. Oktober 2021 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Kalinowo-Borschtschewatoje, Sokolniki und Golubowskoje wurden mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen (insgesamt 9 Geschosse).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: Saakaschwili nennt sich in einem Offenen Brief an Selenskij einen "persönlichen Gefangenen Putins"

In einem Offenen Brief an den ukrainischen Präsidenten bezeichnet sich der Ex-Präsident Georgiens Michail Saakaschwili als einen "persönlichen Gefangenen von Putin". Der seit dem Jahr 2014 per Haftbefehl gesuchte Politiker wurde in Georgien nach seiner Einreise verhaftet. Der Ex-Präsident Georgiens und mittlerweile ukrainische Staatsbürger Michail Saakaschwili hat sich an den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij in einem öffentlichen Brief auf Facebook gewandt. Zuvor hatte Selenskij versprochen, für die Befreiung des in seinem Heimatland wegen zahlreicher Strafverfahren verhafteten Politikers zu kämpfen. In dem Brief bezeichnet Saakaschwili die Vorwürfe als "abgekartete" Anschuldigungen:

"Ich bin tief berührt von Ihren Worten und der Reaktion eines wirklich hochkarätigen Staatsmannes auf meine rechtswidrige Festnahme und Inhaftierung in Georgien wegen der abgekarteten Anschuldigungen, die niemand auf der Welt außer Russland anerkennt."

Im Jahr 2013 war Saakaschwili aus Georgien in die Ukraine geflohen, nachdem er als Präsident abgewählt wurde und gegen viele der ehemaligen Beamten seiner Regierung Strafverfahren eingeleitet worden waren. In seiner Heimat Georgien wurde der Ex-Präsident wegen Beteiligung an der Ermordung eines georgischen Bankiers und wegen eines tätlichen Angriffs auf einen Abgeordneten zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Außerdem ermittelte die georgische Staatsanwaltschaft gegen den für seine Antikorruptionspolitik bekannten Politiker wegen seiner Unterschlagung von Staatseigentum und einer gewalttätigen Zerschlagung einer Demonstration in Tiflis im Jahr 2007. Alle diese Verfahren bezeichnet Saakaschwili als "politisch motiviert".

In der Ukraine erhielt der ehemalige georgische Präsident nach seiner Flucht aus Georgien die Staatsbürgerschaft und wurde sogar zum Präsidentenberater sowie zum Chef des Exekutivkomitees im Reformrat der Ukraine ernannt. Die Anträge der georgischen Staatsanwaltschaft, Saakaschwili wegen der Strafverfahren gegen ihn in seine Heimat auszuliefern, wurden in Kiew mehrmals abgelehnt. Im Jahr 2017 wurde Saakaschwili jedoch die ukrainische Staatsbürgerschaft wieder aberkannt, und der Politiker wurde ausgewiesen.

Selenskij gab ihm jedoch im Jahr 2019 die ukrainische Staatsbürgerschaft zurück. Nach der Festnahme Saakaschwilis unlängst in Georgien versprach der ukrainische Präsident, um die Rückkehr des Politikers und des ukrainischen Staatsbürgers in die Ukraine zu kämpfen. Saakaschwili bedankte sich in seinem Brief bei Selenskij für seinen Schutz als ein "Gefangener des Imperiums":

"Da ich eigentlich ein persönlicher Gefangener Putins bin, schätze ich Ihre grundsätzliche Haltung zum Schutz der Ukraine, der gesamten Region und aller Gefangenen des Imperiums sehr."

Saakaschwili war am 1. Oktober bei seiner Einreise nach Georgien festgenommen worden. Der Ex-Staatschef kehrte ins Heimatland im Vorfeld der Kommunalwahlen zurück. Nach der Mitteilung des georgischen Ministerpräsidenten über die Festnahme Saakaschwilis bestellte die Regierung Kiew den georgischen Botschafter ein, um den Vorfall zu klären. Der Präsident Selenskij war seinem Sprecher zufolge über "die Nachrichten und den Ton der Äußerungen" aus Tiflis besorgt. Selenskij hätte eigenen Angaben zufolge nichts von der Rückkehr Saakaschwilis nach Georgien gewusst und wäre von diesem Schritt völlig "überrascht" worden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/615c8bf7b480cc78e3421018.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 5. Oktober 3:00 Uhr bis 6. Oktober 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Losowoje**.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zur Verletzung des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein. Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 10.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Fall Nawalny: USA und weitere 44 Länder stellen bei OPCW Fragen an**

Russland

In Den Haag haben am Dienstag die USA und weitere 44 Länder Fragen an die Russische Föderation zum Vorfall mit dem Kreml-Kritiker Alexej Nawalny im vergangenen Jahr eingereicht, mit einer Beantwortungsfrist von zehn Tagen. Das gab das amerikanische Außenministerium bekannt.

„Heute haben in Den Haag (hier befindet sich der Sitz der Organisation für das Verbot chemischer Waffen, OPCW – Anm. d. Red.) die USA und weitere 44 Staaten an Russland Fragen zur Vergiftung Alexej Nawalnys auf dem Territorium Russlands im vergangenen Jahr vorgelegt“, heißt es im Statement.

Der Inhalt dieser Fragen wird nicht präzisiert. Laut dem Schreiben des US-Außenministeriums zeigt man sich besorgt über „den Mangel an Transparenz und Kooperation“ seitens Moskaus im Zusammenhang mit dem Fall Nawalny. Die Chemiewaffenkonvention sieht eine Beantwortung solcher Anfragen innerhalb von zehn Tagen vor.

Fall Nawalny

Der oppositionelle Blogger Alexej Nawalny wurde am 20. August in ein Krankenhaus im sibirischen Omsk gebracht, nachdem er beim Flug nach Moskau zusammengebrochen war. Örtliche Ärzte diagnostizierten bei Nawalny schwere Stoffwechselstörungen, deren Ursache unklar war. Giftspuren wurden weder im Blut noch im Urin nachgewiesen.

Auf Drängen seiner Familie wurde Nawalny zur weiteren Behandlung in die Berliner Klinik Charité geflogen. Nach Angaben der Klinik wurde der Blogger am 22. September aus der stationären Behandlung entlassen.

Die Bundesregierung teilte unter Berufung auf Bundeswehr-Mediziner mit, dass bei Nawalny Spuren eines Nervengifts aus der Nowitschok-Gruppe festgestellt worden seien. Berlin zufolge wurden die Schlussfolgerungen deutscher Experten in Labors in Schweden und Frankreich bestätigt. Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen führe auf Berlins Anfrage eigene Ermittlungen durch, hieß es.

Der Kreml gab bekannt, Berlin habe Moskau über seine Erkenntnisse nicht informiert. Das russische Außenministerium betonte mehrmals, Russland warte auf eine Antwort Deutschlands auf eine offizielle Anfrage zu der Situation. Innerhalb eines Monats gab es drei Rechtshilfeersuchen seitens Russlands an Deutschland. Bislang gibt es keine bzw. Antworten, die von der russischen Regierung als völlig unzureichend bezeichnet werden.

Bereits nach Einlieferung Nawalnys ins Krankenhaus in Omsk hatten die russische Staatsanwaltschaft und die Polizei mit der Überprüfung des Vorfalls begonnen.

Ein Jahr später erklärte Russlands Außenministerium, der Fall Nawalny sei eine geplante Provokation gewesen, deren Ziel es gewesen sei, Russland zu diskreditieren. Bislang gibt es demnach keine Beweise aus Berlin für seine Vorwürfe gegen Russland.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/03/0c/1248955_0:0:3101:1745_1920x0_80_0_0_1b27d1682c615e17c4c54732feb06d1d.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 6. Oktober um 9:00 Uhr 14.069 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 10.447 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 1507 Todesfälle.

snanews.de: **Kiews Botschafter: Deutschland sollte Ukraine bei EU- und Nato-Integration helfen**

Der ukrainische Botschafter in Berlin Andrij Melnyk erwartet, dass Deutschland der Ukraine beim Beitritt zur Nato und zur Europäischen Union hilft. Dies erklärte er in einem Interview mit dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) am Dienstag.

Melnyk forderte in dem Interview die Einbindung seines Landes in diese Strukturen und kritisierte erneut die deutsche Erinnerungspolitik. Der Diplomat erklärte:

„Von der deutschen Politik erwartet man in Kiew zurecht, dass man endlich richtige Schlüsse aus diesen dunklen Seiten der Vergangenheit zieht und die Ukraine sowohl in die EU, als auch in die Nato integriert“.

Laut Melnyk werden die ukrainischen Opfer der Nazi-Verbrechen immer noch übersehen. In der ukrainischen Gesellschaft wachse ein starkes Gefühl von Ungerechtigkeit, und ungefähr 61 Prozent der Ukrainer plädieren dafür, von Deutschland Reparationen für die Kriegsverbrechen zu verlangen.

Melnyk bezeichnete die bevorstehende Teilnahme von Bundespräsident Frank-Steinmeier an einer Gedenkveranstaltung für die ermordeten Juden von Babyn Jar am Mittwoch in Kiew als eine „gute Geste“, aber betonte, dass es nur ein erster Schritt auf dem langen Weg zur historischen Aussöhnung sei.

Babyn Jar ist ein Tal am Rande der ukrainischen Hauptstadt Kiew, in dem deutsche Einsatzgruppen am 29. und 30. September 1941 innerhalb von 48 Stunden über 33.000 jüdische Männer, Frauen und Kinder ermordet hatten. Dies war das größte Massaker an Juden im Zweiten Weltkrieg.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/05/19/2242249_0:171:1281:683_1920x0_80_0_0_d3ab7302a7ea0b960812cc0ab9aa4d26.jpg

Mzdnr.ru: Am 5. Oktober wurden in der DVR 1442 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 587 positiv, bei 77 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 6. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 69.890 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

10.010 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 54.731 als gesund entlassen, es gibt 5149 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 400 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 20 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 151 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind

3774 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1401 mit Sauerstoffunterstützung (+116 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Putin: "Spekulation mit Klimawandel für Hysterie auf europäischem Energiemarkt verantwortlich"**

Der russische Präsident Putin macht Spekulation mit dem Klimawandel und die Kürzung der Investitionen in die rohstoffgewinnende Industrie für die aktuelle Lage auf dem europäischen Energiemarkt verantwortlich. Russland habe das Potenzial, all diese Fehler zu vermeiden. Während eines Treffens mit den Mitgliedern seiner Regierung hat der russische Präsident Wladimir Putin über die Bedeutung der grünen Energien gesprochen. Er betonte jedoch, dass die Dekarbonisierung der Wirtschaft möglichst reibungslos verlaufen sollte. In diesem Zusammenhang sprach er die aktuelle Volatilität auf dem europäischen Energiemarkt an: "Sie sehen doch, was in Europa passiert. Es herrscht Hysterie und eine Art Wirrnis auf dem Markt. Warum? Ja, denn alle nehmen die Lage nicht ernst: Einige spekulieren mit den Problemen des Klimawandels, andere unterschätzen dies, andere kürzen Investitionen in die Rohstoffindustrie."

Putin zufolge zeigen die heutigen Probleme auf dem europäischen Energiemarkt, wozu "ausbalancierte Beschlüsse" und "ausbalancierte Entwicklungen" führen könnten. Die grüne Politik sei jedoch laut dem russischen Präsidenten eine Priorität auch in der russischen Politik. Dafür müsse Russland die Atom- und Wasserenergie weiter entwickeln.

Außerdem erinnerte Putin daran, dass er in seiner jüngsten Botschaft an die Föderale Versammlung das Ziel gesetzt hatte, die Emission der Treibhausgase aus der russischen Wirtschaft in den nächsten 30 Jahren zu reduzieren. Russland solle künftig eine führende Rolle in der globalen Klimapolitik spielen und CO₂-Neutralität erreichen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/615cad4b480cc791c241128.jpg>

snews.de: **Saxo Bank: Energie-Engpässe in Europa im Winter möglich, falls Russland nicht eingreift**

In Europa könnte es im anstehenden Winter zu Ausfällen in der Stromversorgung und Rationierungen kommen, falls Russland seine Gaslieferungen nicht erhöht. Dies erklärte Ole Hansen, Leiter der Rohstoff-Strategie-Abteilung bei Saxo Bank, gegenüber SNA am Dienstag.

Hansen sagte, falls die Gaslieferungen von Russland nicht reduziert würden, um die Pipeline Nord Stream 2 durchzusetzen, seien deren Erhöhungen durch Gazprom ungefähr ab Ende Oktober zu erwarten.

„Falls das nicht passiert und wenn man ferner die Konkurrenz aus Asien berücksichtigt,

könnten die Preise in den Wintermonaten bei einem kälteren Winter erhöht bleiben, was das Risiko von Stromversorgungsausfällen und -rationierungen birgt.“

Die Situation werde durch staatliche chinesische Energieunternehmen verschärft, die laut Hansen Aufträge zum Kauf von Kraftstoff zu jedem Preis erhalten.

Eine überstimulierte Weltwirtschaft habe weltweit zu einem Anstieg der Stromnachfrage geführt, nicht zuletzt in China, wo energieintensive Unternehmen auch mit Stromausfällen rechnen müssen.

Die Sorge um die Versorgungssicherheit bei Gasvorräten lässt sich auf die Börsenpreise für Gas in Europa zurückführen. Diese brechen seit dem Spätsommer Rekorde. Als Gründe dafür nennen die Experten den kalten Winter von 2020 und die ungewöhnliche Hitzewelle in diesem Sommer, die die europäischen Speicherreserven erschöpft hatten. Die gestiegene Nachfrage nach Erdgas lässt sich auch auf die Erholung der Wirtschaft von der Corona-Krise und begrenzte Lieferungen durch Gazprom zurückführen.

Angesichts der drohenden Energiekrise hatte Europa Russland mehrmals beschuldigt, die Gaslieferungen zu sabotieren. Russland lehnt seinerseits alle Beschuldigungen ab.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/06/10/2510123_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_9d4c270858fa347896b2d3f04df6824b.jpg

nachmittags:

snanews.de: **Vorteil für Taliban? Gepanzerte Fahrzeuge der dänischen Mission in Afghanistan hinterlassen**

Mindestens 27 schwer gepanzerte Militärfahrzeuge, die Dänemark von den USA geleast hatte, sind während des schnellen Rückzugs der US-geführten Koalition in Afghanistan zurückgelassen worden. Experten befürchten, dass sie schon zum Arsenal der Taliban gehören könnten. Darüber berichtet DR News mit Hinweis auf Dokumente des Verteidigungskommandos.

Die Fahrzeuge vom Typ MRAP (Mine Resistant Ambush Protected) wurden 2014 von den USA geleast, um Mobilität, Schutz und Kampfkraft für die dänische Mission in Afghanistan bereitzustellen. Sie wurden speziell für die Aufstandsbekämpfung in Städten entwickelt und sind resistent gegen Straßenbomben. Außerdem verfügen die Autos über einen geschützten, drehbaren Turm auf dem Dach, auf dem ein Maschinengewehr montiert werden kann. Die bis zu 18 Tonnen schweren Fahrzeuge können den Taliban nun Experten zufolge einen militärischen Vorsprung in internen Machtkämpfen verschaffen, hieß es im Beitrag.

Bis Ende Mai dieses Jahres wurden die gepanzerten Fahrzeuge von den dänischen Begleit- und Rettungsdiensten eingesetzt. Etwa zehn Wochen vor der Besetzung der Stadt durch die

Taliban und der hektischen Evakuierung der westlichen Koalition wurden sie nach Kabul zurückgebracht. Die Hinterlassung solcher Fahrzeuge verstößt eindeutig gegen das Motto „Überlasse nichts dem Feind“, das in einem Video der dänischen Streitkräfte zu sehen ist, wo Gewehre in Kartons verpackt, Monitore und Tastaturen in Luftpolsterfolie verpackt und Telefone aus Sicherheitsgründen kaputt gemacht werden.

Seitdem tauchten Aufnahmen auf, auf denen die Taliban in mehreren Siegesparaden eroberte Munition zeigen, darunter MRAP-Fahrzeuge des gleichen Typs wie Dänemark geleast hatte – jetzt aber gekleidet in die Flagge der Taliban-Bewegung und mit triumphierenden Kriegern auf dem Dach. Eine einzelne MRAP kostet laut dem dänischen Radio bis zu 930.000 US-Dollar. Dänemark hat somit möglicherweise Ausrüstung im Wert von 25 Millionen Dollar in Afghanistan hinterlassen.

In einem Video von der Facebook-Seite des dänischen Militärs aus dem Jahr 2016 beschrieb ein Soldat sie als „verdammte gute Autos, die Schläge aushalten können“.

„Sie können in einem lokalen Konflikt an Land in Afghanistan einen Unterschied machen. Aber sie stellen keine Bedrohung für die USA, die NATO oder Europa dar“, versicherte Peter Viggo Jakobsen, Mitarbeiter der Verteidigungsakademie, gegenüber dem dänischen Radio.

Die verlassenen Fahrzeuge passen Jakobsen zufolge jedoch in ein Muster, in dem Dänemark die Verantwortung für „entzündete Dinge“, wie er es nannte, anderen Nationen überlässt.

„Wir haben es im Irak gesehen, wo eine Finte erfunden wurde, damit Dänemark nicht an der Verantwortung festhielt, wenn festgenommenen Gefangenen etwas passierte. Dasselbe gilt für unsere Dolmetscher, wo die Briten sie anstellten und letztendlich die Verantwortung trugen, obwohl die Dolmetscher für dänische Streitkräfte gearbeitet hatten. Es ist eine Methode, die es uns als kleine Nation ermöglicht, zu den Operationen beizutragen“, zitiert der Radiosender Jakobsen.

Den Experten zufolge trägt Dänemark für die gepanzerten Fahrzeuge keine rechtliche Verantwortung mehr – auch nicht, wenn sie in einem möglichen afghanischen Bürgerkrieg eingesetzt werden.

Dänemark hatte seine Soldaten erstmals vor 20 Jahren nach Afghanistan geschickt. Das Kontingent war 760 Mann stark. In den Jahren der Mission wurden 37 dänische Soldaten im Einsatz getötet, sieben verloren ihr Leben durch andere Ursachen.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/0a/06/3848039_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_5b2dbf9ca3352a7f8f67574227257ed3.jpg

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 06.10.2021
In den letzten 24 Stunden wurde eine Verletzung des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 58. Brigade auf Befehl des Brigadekommandeurs Kaschtschenko das Feuer mit Mörsern des Kalibers 82mm auf **Losowoje** eröffnet und zehn Mörsergeschosse abgefeuert.

Der Verstoß wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Soldaten der Volksmiliz beobachten weiter den Gegner, halten streng das Regime der Feueinstellung und sind in Bereitschaft, auf Befehl des Kommandos adäquat auf die Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Nowokalinowoje stationiert ist.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Stationierung von verbotenen Waffen der 58., 10. und 128. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von mobilen Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle bei Flügen von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Nowoluganskoje, Roganskoje, Poltawka, Andrejewka und Orolowskoje zu blockieren, sowie elektromagnetische Richtwaffen, mit denen die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone ausgerüstet sind.

Außerdem haben Kämpfer der 10. Brigade, um die Entwicklung von verbotenen Waffen in der Nähe von Nowoluganskoje durch OSZE-Beobachter zu verhindern, **eine Drohne der Mission, über deren Flug die ukrainischen Kämpfer zuvor informiert worden waren, mit Schusswaffen beschossen.**

Eine der Ursachen, warum die Ukraine nicht in die NATO aufgenommen wird, ist der hohe Grad der **Korruption von Funktionsträgern auf allen Ebenen.**

Nach Informationen unserer Quelle in der 58. Brigade ist in dem Verband eine Kommission der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ eingetroffen, um die Anwesenheit des Personals und den Zustand der Kampfdienste zu überprüfen. Bei der Arbeit stellte die Kommission fest, dass das Kommando des 16. Bataillons gegen Schmiergelder Untergebene für kurzzeitige Urlaube und für das Wochenende die Positionen verlassen lässt, ohne dabei die Abwesenheit der Soldaten offiziell anzugeben. Nach den Worten von befragten Soldaten wurde deutlich, dass der Bataillonskommandeur für eine Woche „Urlaub“ 3000 Griwna forderte. Zu diesem Sachverhalt findet einige dienstliche Untersuchung statt, der Brigadekommandeur Kaschtschenko kontrolliert persönlich diese Ermittlung.

Wir bemerken weiter ein **Absinken des des moralisch-psychischen Niveaus der Soldaten** der 54. Brigade. So schoss am 5. Oktober im Gebiet von Krasnogorowka der Soldat des 1. mechanisierten Bataillons Pusanow infolge von Drogenkonsum auf den Kampfpositionen auf die Schicht, die frei hatte. Bei dem Vorfall starb ein Kämpfer, zwei wurden mit Schussverletzungen in das Militärhospital von Krasnoarmejsk eingeliefert. Da er fürchtete zur Verantwortung gezogen zu werden, verließ Pusanow eigenmächtig die Position und floh mit der Waffe. Zurzeit laufen Suchmaßnahmen. Ursache solcher Vorfälle ist nach wie vor das Fehlen von Kontrolle über das unterstellte Personal von Seiten des Kommandos.

snanews.de: **Russlands Gold- und Währungsreserven wachsen weiter**

Russlands Gold- und Währungsreserven wachsen auf Rekordniveau. Seit Jahren bemüht sich die Russische Zentralbank vom Dollar wegzukommen, und sich vor allem Gold und Euros dazuzukaufen. Inzwischen verfügt Russland über die fünfstärksten Finanzreserven der Welt und über eine äußerst geringe Auslandsverschuldung.

Die konservative Haushaltspolitik des russischen Finanzministeriums und der seit nunmehr

sieben Jahren freiere Rubelkurs erlaubten der Russischen Zentralbank, die Gold- und Devisenreserven des Landes Anfang September auf das Rekordniveau von 620,8 Mrd. US-Dollar (522,4 Mrd. Euro) aufzustocken. Das waren 30 Prozent mehr als vor zehn Jahren, 70 Prozent mehr als vor fünf Jahren und immerhin 13 Prozent mehr als zu Beginn der Coronakrise im März 2020, schreibt die Auslandshandelskammer Moskau (AHK) in ihrem Morgentelegramm.

Fünftstärkste Reserven

Somit sind Russlands Gold- und Währungsreserven derzeit die fünftgrößten in der Welt, nach China (3.409 Mrd. US-Dollar), Japan (1.424 Mrd. US-Dollar), der Schweiz (1.088 Mrd. US-Dollar) und Indien (790 Mrd. US-Dollar), dicht gefolgt von den USA (601 Mrd. US-Dollar). Die Reserven Russlands reichen für 19 Monate Einfuhren, so wie in Japan. Übertroffen wird diese sogenannte Einfuhrdeckung nur von Saudi-Arabien (30 Monate), einigen weiteren Golfstaaten sowie von der Schweiz (23 Monate). Der entsprechende Wert für China beträgt 15 Monate, für Indien 13, für die USA und Deutschland lediglich 2 Monate.

Diverse Gold-Gewichtung

Deutschland belegte Ende August mit seinen Gesamtreserven im Wert von 296 Mrd. US-Dollar (251 Mrd. Euro) nur den 12. Rang. In puncto Goldreserven folgt es jedoch mit 196 Mrd. US-Dollar (166 Mrd. Euro) auf Platz zwei hinter dem unangefochtenen Spitzenreiter Vereinigte Staaten mit 461 Mrd. US-Dollar. Der Anteil von Gold an der Gesamtmenge der Reserven ist in beiden Ländern vergleichbar und beträgt in Deutschland 74,9 Prozent sowie in den USA 76,7 Prozent. In Russland hingegen stellt Gold nur 21,5 Prozent der gesamten Devisenrücklagen (132,7 Mrd. US-Dollar), was jedoch ein Vielfaches des im Jahr 2008 erreichten Geringstwertes (2,5 Prozent) darstellt, wie die AHK berichtet.

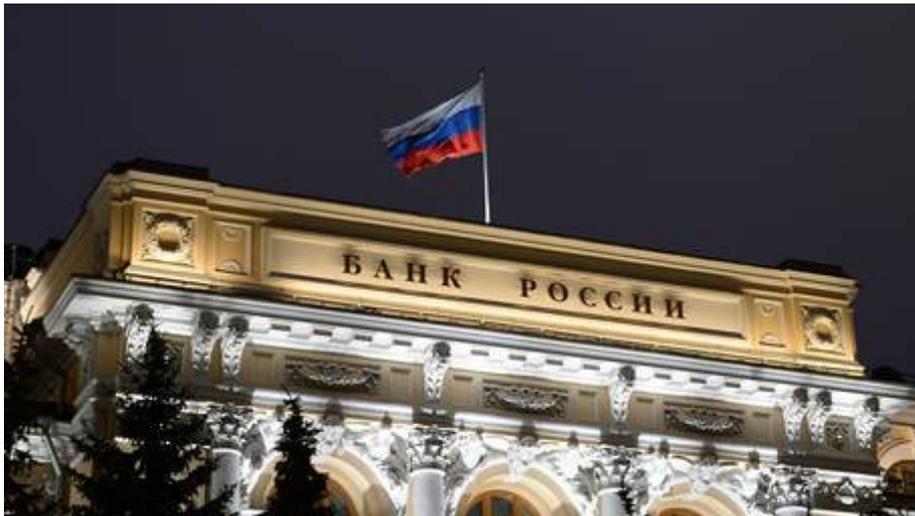
Ansonsten weisen die russischen Reserven folgende Struktur auf: 455,6 Mrd. US-Dollar in ausländischen Währungen (73,7 Prozent); IWF-Sonderziehungsrechte im Wert von 24,6 Mrd. US-Dollar (4,0 Prozent); 5,3 Mrd. US-Dollar Reserveposition im IWF (0,8 Prozent).

Der russische Währungs-Mix

Die Aufschlüsselung nach Währung gibt die Zentralbank erst mit sechsmonatiger Verzögerung bekannt, sodass derzeit die Zahlen mit Stand vom 31. März 2021 vorliegen: Zu jenem Zeitpunkt entfielen 28,8 Prozent der Gesamtinvestitionen auf Euro-Aktiva, 20,9 Prozent auf US-Dollar, 13,2 Prozent auf Yuan, 6,7 Prozent auf britische Pfund, 5,2 Prozent auf Yen, 2,7 Prozent auf kanadische Dollar sowie 1,2 Prozent auf andere Währungen. Die Menge der Euro-Reserven war während Corona um 5 Prozent zurückgegangen. Die Euro-Einlagen waren in dieser Zeit mit -0,32 Prozent jährlicher Rendite am wenigsten profitabel, gegenüber +1,48 Prozent aus Yuan-Einlagen sowie +0,23 Prozent aus US-Dollar-Einlagen.

Rückläufige Dollar-Bewertung

Der relativ geringe Anteil der Dollar-Aktiva an den Gold- und Währungsreserven Russlands resultiert hauptsächlich aus dem Rückgang im Jahr 2018: Zum 31.12.2017 waren noch 45,8 Prozent der Zentralbank-Einlagen in US-Dollar nominiert, zum 31.12.2018 waren es nur noch 22,7 Prozent. Zentralbank-Chefin Elwira Nabiullina erklärte laut AHK diesen drastischen Schritt mit den damals erheblich gestiegenen geopolitischen und sanktionsbedingten Risiken. In den letzten drei Jahren hat sich die Bedeutung der Dollar-Aktiva allerdings nur marginal verändert. Trotzdem geht Nabiullina davon aus, dass sowohl der Euro als auch andere Währungen im Verlaufe der nächsten Jahrzehnte gegenüber dem US-Dollar zunehmend an Bedeutung gewinnen werden. Dies würde sich in der Struktur der russischen Währungsreserven spiegeln.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/06/3850158_0:60:3427:1988_1920x0_80_0_0_5401d72bc25b348dca5c0367d23589aa.jpg

mil-lnr.su: **Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowoalexandrowka aus **Kalinowo-Borschtschewatoje** mit einem Antipanzergrenatwerfer beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer des 17. Bataillons der 57. Brigade auf Befehl Mischantschuks von den Positionen im Gebiet von Krymskoje aus **Sokolniki** mit Granatwerfern beschossen.

Außerdem haben Kämpfer eines mechanisierten Bataillons der 17. Panzerbrigade, die Aufgaben im Rahmen der 57. Brigade ausführen, von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus **Golubowskoje** mit Granatwerfern beschossen.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

Der Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und Beschuldigungen der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. ...

deu.belta.by: **Makej schlägt UNCTAD vor, Auswirkung der Sanktionen auf nachhaltige Entwicklung zu bewerten**

Der negative Trend des Westens zur Anwendung einseitiger Sanktionen widerspricht ihren internationalen Verpflichtungen. Das erklärte Außenminister Wladimir Makej in seiner Rede während der hochrangigen UNCTAD-Debatte.

„In der letzten Zeit zeichnet sich eine negative Tendenz ab: Die westlichen Staaten verhängen einseitige Sanktionen gegen souveräne Staaten und verletzen damit nicht nur die entsprechenden Bestimmungen der UN-Charta, sondern verstoßen gegen viele internationale Verpflichtungen. Unter Sanktionsdruck sehen sich viele Staaten nicht mehr in der Lage, ihre Ziele für nachhaltige Entwicklung umzusetzen sowie wirtschaftliche und soziale Bürgerrechte zu gewährleisten“, betonte Wladimir Makej.

Der belarussische Diplomat betonte, dass die einseitigen Zwangsmaßnahmen in harten Zeiten

der globalen COVID-Pandemie besonders unzulässig sind. Wegen der Sanktionen könnten sich auch die nationalen Wirtschaften nicht in vollem Umfang erholen.

„Auch nach den Appellen des UN-Generalsekretärs, die Restriktionsmaßnahmen in harten und unvorhersagbaren Zeiten zu unterlassen, hat sich die Situation nicht verändert. Die UNCTAD kann ihre Rolle zur Bewertung von Folgen einseitiger Sanktionsmaßnahmen für nachhaltige Entwicklung spielen“, schlug Makej vor.

Wladimir Makej ist der Ansicht, dass das Ergebnis der Konferenz eine Aktualisierung des UNCTAD-Mandats sein sollte, die sich auf eine vereinheitlichende globale Agenda konzentriert und auf die kreative Umsetzung der Agenda für nachhaltige Entwicklung abzielt, um konkrete und praktische Ergebnisse zu erzielen, die das Wohlergehen und den Wohlstand der Menschen verbessern und dazu beitragen, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie und andere Herausforderungen unserer Zeit in würdiger Weise zu bewältigen.

„UNCTAD soll sein Mandat unter Berücksichtigung von Interessen der Länder mit mittlerem Einkommen erhalten. Fast 70 Prozent der Weltbevölkerung leben in solchen Ländern. Das ursprüngliche Mandat der Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen hatte nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Entwicklung zum Ziel. Das erneuerte multifunktionale Mandat der UNCTAD wird sowohl dem Motto der UNCTAD-15 „Von Ungleichheit und Verwundbarkeit zum Wohlstand für alle“ entsprechen als auch dem Motto der Agenda 2030 „Niemanden zurücklassen“, sagte der Minister.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1633533661_58536_big.jpg

snanews.de: **Armeeübung „Sapad-2021“: Russlands Verteidigungsminister zieht positive Bilanz**

Das groß angelegte strategische Manöver „Sapad-2021“ von Russland und Weißrussland hat gezeigt, dass beide Staaten über die Fähigkeit verfügen, die regionale Sicherheit erfolgreich zu gewährleisten. Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat das am Mittwoch bekannt gegeben.

„Ich halte die Ziele des Manövers für erreicht, die Fragen der Übung sind vollständig ausgearbeitet worden“, sagte Schoigu.

Etwa 200.000 Menschen, darunter rund 2000 Militärs aus den OVKS-Staaten (die Organisation des Vertrags für Kollektive Sicherheit - Russland, Weißrussland, Armenien,, Kasachstan, Kirgistan, und Tadschikistan), und aus den SCO-Ländern (die Shanghai Cooperation Organisation - Kasachstan, China, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Usbekistan) sowie anderen Staaten hätten sich an dem Manöver beteiligt.

Der Minister lobte den Ausbildungsstand der Truppen und das effektive Zusammenspiel der

interspezifischen Gruppierungen. Die Grundlage der Übung sei die Entwicklung von neuen Formen und Methoden der Kriegsführung gewesen, unter Berücksichtigung der Besonderheiten der modernen lokalen Kriege und bewaffneten Konflikte.

„Es ist gelungen, vieles in der Praxis zu testen“, so der russische Armeechef.

Erstmals sei in der Nacht bei ungünstigen Wetterbedingungen ein Luftlandebataillon auf modernen Luftlande-Schützenpanzern BMD-4M abgesetzt worden, hieß es.

„21 Militärflugzeuge vom Typ Il-76MD der Lufttransportflotte haben mehr als 30 Luftlande-Schützenpanzer der neuen Generation abgesetzt“, so Schoigu weiter.

Die Militärtopographen hätten das einheitliche Softwaresystem „Kaleidoskop“ getestet, welches es ermöglichte, ein dreidimensionales Bild des Raums zu erstellen, wodurch die Situation habe genauer beurteilt und die Entscheidungszeit des Kommandos erheblich verkürzt werden können.

Zudem seien die Drohnen aktiv eingesetzt worden, um die Zielbeobachtung effektiv regulieren zu können, was sich auch die Aufklärungseinheiten hätten zunutze machen können.

Auf dem Truppenübungsplatz in der Nähe von Kaliningrad seien zum ersten Mal die Kampfsysteme „Plattform-M“ und auf dem Übungsgelände Mulino Aufklärungs- und Feuerschutzroboter „Uran-9“ und „Nerehta“ eingesetzt worden, hieß es.

„Die ferngesteuerten Roboter auf einem Raupenfahrwerk haben gute Ergebnisse bei der Ausführung von Aufgaben bezüglich der Vernichtung der Kräfte des Übungsgegners unter städtischen Bedingungen gezeigt“, sagte Schoigu.

Auf fünf weißrussischen und neun russischen Truppenübungsplätzen sei geübt worden; die Kräfte der Ostseeflotte hätten ihre Aufgaben in den Gewässern der Ostsee und des Finnischen Meerbusens erfüllt.

Das gemeinsame strategische Manöver „Sapad-2021“ war am 10. September gestartet und ging am 16. September zu Ende.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/06/3850911_0:36:3029:1740_1920x0_80_0_0_f8bfbd11bc57235741772931c33a6ca.jpg

snanews.de: **Bericht: Nato will acht russische Diplomaten ausweisen**

Die Nato will nach einem Journalistenbericht vom Mittwoch die russische Mission bei der Allianz um die Hälfte reduzieren.

„Exklusiv: Die Nato hat beschlossen, die russische Mission bei der Allianz um die Hälfte zu reduzieren – als Reaktion auf mutmaßliche böswärtige Aktivitäten, darunter Ermordungen und Spionage. Man wird acht Diplomaten, die vermutlich nicht angemeldete Geheimdienstmitarbeiter sind, darum bitten, [die Mission] zu verlassen, und zwei weitere Posten werden gestrichen“, twitterte Deborah Haynes, Chefin der Redaktion für Sicherheit

und Verteidigung bei dem britischen Sender Sky News.

Am Dienstag hatte Nato-Chef Jens Stoltenberg die Alliierten dazu aufgerufen, mit Russland zu sprechen, um einen neuen Kalten Krieg zu vermeiden, sagte aber zugleich, dass die Nato ihren „zweigleisigen“ Ansatz zu Russland aufrechterhalten werde.

Die Nato wies zuletzt 2018 sieben russische Diplomaten im Zusammenhang mit dem Fall Skripal aus. Begründet wurden die Strafmaßnahmen mit einer „nicht zufriedenstellenden“ Reaktion Russlands auf den Giftanschlag auf den ehemaligen russisch-britischen Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia im britischen Salisbury. Die britische Regierung behauptete umgekehrt, dass in den Giftanschlag auf die Skripals mit dem Stoff A-234 der russische Staat verwickelt sei. Russland wies diesen Vorwurf von sich und forderte eine unabhängige Aufklärung.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/06/3852470_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_9a6d22dbe33699c8a9936d365699b29f.jpg

de.rt.com: **Russische Polizei nimmt frühere stellvertretende Bildungsministerin wegen Betrugs fest**

Die Fahndung nach der ehemaligen stellvertretenden Bildungsministerin Russlands war erfolgreich. Am Mittwoch hat die Polizei Marina Rakowa festgenommen. Die frühere Beamtin wird des Betruges im großen Stil beschuldigt. Ihre bisherige Stelle bei der größten Bank des Landes hat sie inzwischen auch verloren.

Am 6. Oktober 2021 hat die russische Polizei die Festnahme der ehemaligen stellvertretenden Bildungsministerin des Landes bestätigt. Marina Rakowa wurde am Vormittag in die Hauptuntersuchungsverwaltung der Moskauer Abteilung des russischen Innenministeriums zu einem Verhör gebracht. Inzwischen verlor die Verdächtige auch ihre Stelle bei der größten Bank Russlands. Am Mittwoch teilte die Sberbank mit, Rakowa sei seit dem 4. Oktober nicht mehr die Vizepräsidentin des Kreditinstituts.

Nach Angaben der Ermittler ist Rakowa in die Entwendung von über 50 Millionen Rubel (knapp 600.000 Euro) verwickelt. Sie soll im Jahr 2019 die Finanzierung ihres eigenen Fonds für neue Formen der Bildungsentwicklung lobbyiert haben. Laut einem Gutachten weisen die Berichte über die Erfüllung von Verpflichtungen im Rahmen dieser Finanzierung Anzeichen einer Fälschung auf. Nun muss die ehemalige Beamtin mit bis zu zehn Jahren Gefängnis rechnen.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur Interfax war das Ermittlungsverfahren gegen Rakowa bereits am 9. August angestrengt worden. Die Polizei verhörte die Verdächtige erstmals am 29. September. Ihr Haus und ihr Büro in der Sberbank wurden durchsucht. Am folgenden Tag erließ ein Gericht in Moskau einen Haftbefehl gegen zwei ehemalige Mitarbeiter des Fonds für neue Formen der Bildungsentwicklung und eine weitere Verdächtige. Am 1. Oktober war Rakowa schließlich zur Fahndung ausgeschrieben worden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/615daf7848fbef66c32fff5f.jpg>